

Ein Jahr im Parlament: Ben Scheuer (LSAP) im Gespräch

„Es ist wichtig, dass alle zusammenstehen“

Interview: Tom Wenandy

Ben Scheuer, Jahrgang 1980, wurde bei den Wahlen vom 7. Juni 2009 – unverhofft, wie er sagt – als aktuell jüngster Abgeordneter ins Parlament gewählt. Rund ein Jahr danach unterhielt sich das Tageblatt mit dem Jungpolitiker über seine ersten Erfahrungen auf Krautmarkt.

Tageblatt: Herr Scheuer, wenn Sie in einigen wenigen Worten Ihr erstes Jahr im Parlament zusammenfassen müssten ...?

Ben Scheuer: „Alles neu! Das erste Jahr war für mich einfach ein Lehrjahr. Aus politischer Sicht war es insofern denn auch gleich ein spezielles Jahr, als dass sich fast alles um die Tripartite und um die diesbezüglichen Maßnahmen gedreht hat. Dieses Thema hat einen Großteil des Jahres dominiert, andere wirklich große Themen gab es keine. Ich kann sagen: Mein erstes Jahr im Parlament wurde von der Krise dominiert.“

„T“: Hat sich, seitdem Sie Abgeordneter sind, Ihr Leben verändert? Und wenn ja, inwiefern?

B.S.: „Wenn sich eine Sache verändert hat seitdem ich in der Chamber bin, dann die, dass seitdem alle Leute freundlich und nett zu mir sind.“ (lacht)

„T“: Apropos nett. Wie wurden Sie als „Neuer“ und zudem als Jüngster im Parlament von Ihren Politikerkollegen empfangen?

B.S.: „Ausnahmslos wurde ich sehr herzlich, sehr freundlich empfangen. Dies sowohl von meinen Parteikollegen als auch von den Mitgliedern aller anderen Fraktionen. Dass ich neu bin, spielt dabei sicherlich eine Rolle. Ich bin noch keinem auf die Füße getreten (lacht). Etliche Abgeordnete jeglicher Couleur sind auf mich zugekommen und haben mir ihre Hilfe angeboten.“

„T“: Gab es ein Ereignis oder eine Sache, die Sie in diesem Jahr besonders beeindruckt beziehungsweise überrascht hat?



Foto: Martine May

Im kommenden Jahr will Ben Scheuer bei den Gemeindewahlen kandidieren. Lokale und nationale Politik ergänzen sich mehr, als sie sich ausschließen, findet der Jungpolitiker.

B.S.: „Am meisten überrascht hat mich das Wahlergebnis von vor gut einem Jahr. Sicherlich will man gut abschneiden und ich war mir auch bewusst, dass mein Name einen Vorteil darstellen würde, unverhofft kam das Ergebnis trotzdem. Nie hätte ich gedacht, das ich es bei meiner ersten Kandidatur auf nationaler Ebene auf Anhieb ins Parlament schaffen würde.“

„T“: Sie haben Ihren Namen angesprochen. Die Tatsache, dass Sie der Sohn des langjährigen LSAP-Abgeordneten und ehemaligen Echternacher Bürgermeisters Jos Scheuer sind, ist also mehr Vor- als Nachteil? Verspüren Sie deswegen keinen Druck?

B.S.: „Natürlich ist der Name von Vorteil. Und einen Druck deswegen verspüre ich nicht. Schließlich habe ich meine eigenen Ideen, meine eigenen Interessensgebiete. Mein Vater war und bleibt aber sehr wichtig für mich. Einerseits ist es durch ihn, dass ich schon als Kind mit Politik in Kontakt kam, andererseits

ist er es, den ich, nun da ich Abgeordneter bin, um Rat fragen kann und er der mich verbessert. Einen besseren Berater kann ich nicht kriegen.“

„T“: Sie haben sich schon früh für Politik interessiert, wie sieht es damit bei Ihren Altersgenossen aus? Es wird oft von der „Politikverdrossenheit der Jugend“ geredet ...

B.S.: „Das mit der Politikverdrossenheit war lange Zeit sicher richtig, seit rund zwei Jahren habe ich persönlich aber den Eindruck, dass sich aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung auch wieder mehr Jugendliche mit Politik befassen. Denn während in den vergangenen zehn, 20 Jahren der Wohlstand wie mit der Gießkanne verteilt allgegenwärtig im Land war und niemand den geringsten Zweifel daran hegte, dass es ihm auch in Zukunft gut gehen würde, ist dies derzeit etwas anders. Die Jugendlichen von heute stellen sich Fragen, machen sich Gedanken über das, was werden wird. Das merke

ich ganz deutlich in den Gesprächen, die ich mit Menschen meines Alters führe.“

„T“: Sie sind Mitglied von fünf Parlamentsausschüssen. Gibt es ein Thema, das Sie besonders interessiert, für das Sie sich zukünftig besonders einsetzen wollen?

B.S.: „Ein Thema, das mir besonders am Herzen liegt – auch und vor allem hinsichtlich der Jugend – ist das Thema 'logement'. Bis zu meiner Wahl arbeitete ich in der Abteilung Kreditvergabe einer Bank und weiß deshalb genau, wie die Situation sich präsentiert. Die Preise sind nach wie vor immens hoch, junge Leute können sich hierzulande kaum noch eine Wohnung leisten. In diesem Bereich muss unbedingt was passieren, daran will ich mitarbeiten. Ein weiterer Bereich in dem ich mich sozusagen spezialisieren will, ist der Bereich erneuerbare Energien und nachhaltige Entwicklung. Da dieses Thema aber ein sehr komplexes und sehr breit gefächertes ist, werde ich aber sicherlich noch etwas Zeit

brauchen, bis ich mich richtig eingearbeitet habe. Ich muss, wie ich bereits betont habe, noch viel lernen.“

„T“: Stichwort Tripartite. Wie sehen Sie die kommenden Wochen? Und die diesbezügliche Rolle des Parlaments?

B.S.: „Persönlich muss ich sagen, dass ich etwas davon enttäuscht bin, wie die anfänglichen Krisengespräche gelaufen sind. Fast alles wurde ausschließlich auf ministerieller Ebene diskutiert. Den Großteil der Informationen, die man als Abgeordneter bekam, stammten aus der Zeitung. Ansonsten hoffe ich, dass die Sozialpartner im Herbst zu einer Einigung gelangen werden. Im Sinne des Landes.“

Ein gutes Beispiel wie man zusammen arbeiten kann, ist die Arbeit in den Parlamentskommissionen. Hier versuchen wirklich alle Abgeordnete gemeinsam, also parteiübergreifend im Sinne der Allgemeinheit ein bestimmtes Projekt zu einem bestmöglichen Abschluss zu bringen. Luxemburg ist ein kleines Land und deshalb, davon bin ich überzeugt, ist es wichtig, dass alle zusammenstehen und arbeiten. Alles andere, z. B. wenn immer nur der eine gegen den anderen spielt, ist dem Ganzen nicht förderlich.“

„T“: Vielleicht noch ein Wort zu den Kommunalwahlen im kommenden Jahr. Werden Sie (erneut) kandidieren?

B.S.: „Ja.“

„T“: Sie fürchten die mögliche Doppelbelastung nicht?

B.S.: „Nein, eine Doppelbelastung fürchte ich nicht. Vielmehr glaube ich, dass die Aktivitäten auf nationaler und lokaler Ebene sich ergänzen. Einerseits ist es wichtig, Wissen aus der Lokalpolitik, die greifbarer, konkreter ist als nationale Politik, in diese einfließen zu lassen, andererseits ist der genauere Einblick in die nationale Politik zweifelsohne hilfreich bei der Umsetzung lokaler Projekte. Ist man in beiden Bereichen aktiv, ist das meiner Meinung nach mehr eine Bereicherung denn eine Belastung.“

Ab 1. September: Zweite Stufe des EU-weiten Verbots tritt in Kraft

Das Aus für die 75-Watt-Birne

Am 1. September tritt die zweite Stufe des EU-Glühlampen-Verbots in Kraft. Damit werden traditionelle Glühlampen mit einem Stromverbrauch von 75 Watt vom Markt verschwinden. Im Einzelhandel noch vorhandene Vorräte dürfen aber verkauft werden, bis sie erschöpft sind.

Nach Berechnungen der EU-Kommission sollen durch die sogenannte Ökodesign-Richtlinie, deren erste Phase Anfang September 2009 mit dem Verbot der mehr als 100 Watt starken sowie der matten Glühlampen in Kraft trat, langfristig rund 15 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr eingespart werden.

Ein Großteil des von Glühlampen verbrauchten Stroms verpufft in Form von Wärme, nur fünf Prozent werden in Licht umgesetzt – bei Energiesparlampen sind es bis zu 25 Prozent. Nach Angaben der EU-Kommission verbrauchen sie deshalb zwischen 65 und 80 Prozent weniger

Strom als herkömmliche Glühlampen.

In der Anschaffung sind Energiesparlampen allerdings teurer als Glühlampen. Die Senkung der Stromkosten, die durch Energiesparlampen erfolgt, gleiche aber nach Berechnung der deutschen Stiftung Warentest die hohen Anschaffungskosten bereits nach einem Jahr aus.

Umstritten sind Energiespar-

lampen außer für ihre Lichtqualität vor allem wegen möglicher Gesundheitsrisiken.

Gesundheitsschäden durch Energiesparlampen sind zwar bislang nicht wissenschaftlich belegt. Die EU-Kommission räumt allerdings ein, Menschen mit Krankheiten, die mit einer besonderen Lichtempfindlichkeit einhergehen, könne die ultraviolette Strahlung von Ener-

Der Zeitplan

Seit September 2009 dürfen 100- bis 200-Watt-Birnen und matte Glühlampen in der EU nicht mehr hergestellt und auch nicht in die Gemeinschaft importiert werden. Dieses Verbot greift ab 1. September 2010 auch für Glühlampen mit einer Leistung zwischen 75 und 100

Watt. 2011 folgen 60-Watt-Birnen, im September 2012 schließlich werden auch die letzten Glühlampen aus dem Handel verschwinden. Die Verbraucher müssen dann auf Energiespar-, Halogenlampen oder Leuchtdioden (LED) zurückgreifen.



giesparlampen Probleme bereiten. Unter anderem deshalb sollen Halogenleuchten erlaubt bleiben.

Ein weiterer Knackpunkt: Energiesparlampen enthalten giftiges Quecksilber, das allerdings normalerweise nicht nach außen gelangt. Laut EU-Kommission gleicht der geringere Energieverbrauch diesen Nachteil aus, weil auch bei der Stromproduktion Quecksilber freigesetzt wird. Energiesparlampen müssen deshalb als Sondermüll entsorgt werden. Der Gesamtenergieverbrauch ist trotz des Aufwands bei Herstellung und Entsorgung geringer als bei einer herkömmlichen Glühlampe.

Allerdings sind nicht alle Sparlampen von gleichwertiger Qualität. Aus diesem Grund haben das „Mouvement écologique“, das „OekoZenter Lëtzebuerg“ sowie das Nachhaltigkeitsministerium eine aktualisierte Liste mit empfehlenswerten Sparleuchten auf der Internetseite www.oekotoppen.lu veröffentlicht.